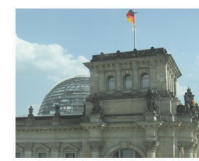




Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

13. Februar 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

anstrengende und intensive acht Tage in Indien und Myanmar mit vielen nachhaltigen Eindrücken liegen hinter mir. Der Bundespräsident machte in beiden Ländern einen Staatsbesuch und ich leitete die Wirtschaftsdelegation aus Mittelständlern, die ihn begleitete. In Indien sind deutsche Firmen seit vielen Jahrzehnten aktiv - wir besuchten z. B. Bosch und Zeiss, die beide auch sehr in der Ausbildung junger Menschen engagiert sind. Das ist wichtig, denn weder gibt es dort eine Handwerker Ausbildung noch ein duales Berufsausbildungssystem. Myanmar (Birma) hat sich erst 2011 wieder etwas geöffnet - der Tourismus ist deutlich gestiegen, die wirtschaftliche Situation aber ist für die ganz große Mehrheit der Menschen sehr schlecht. Dazu kommt ein riesiges Korruptionsproblem. Ob das wunderschöne Land eine Chance hat, schien uns im Ergebnis sehr ungewiss.

In Berlin geht es gleich weiter mitten in der Sitzungswoche. Ein Schwerpunkt in dieser Woche ist die Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts 2014, Sigmar Gabriel gibt dazu heute morgen eine Regierungserklärung ab. Außerdem befassen wir uns mit dem ISAF-Mandat in Afghanistan, den Minderheitenrechten für die Oppositionsfraktionen im Bundestag. Die Gesetzentwürfe zu Abgeordnetenbestechung und zur Abgeordnetenentschädigung werden in erster Lesung beraten. Gerade die Erhöhung der Diäten und die Umstellung des Systems hat in den vergangenen Tagen für heftige Diskussionen gesorgt. Auf Seite 3 lesen Sie, was genau kommt. Ich hoffe, damit kann ich einige Punkte der Debatte klar stellen und die Diskussion etwas versachlichen.

Herzliche Grüße aus Berlin sendet

Euse / Brigitta Zypries

+++ Veranstaltungstipp +++

Die Zukunft der deutschen Asylpolitik

Am **kommenden Montag (17.02.) diskutiere ich um 19:00 Uhr im Karolinen-saal** im Darmstädter Staatsarchiv gemeinsam mit Dr. Manfred Schmidt, Präsident des Bundesamts für Migration und Integration, und Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL Frankfurt, über die Rolle und die Zukunft der deutschen Asylpolitik.

Mehr als 45 Millionen Menschen befinden sich weltweit auf der Flucht – aus politischen, religiösen oder sexuellen Gründen. **Viele suchen Schutz in der EU, doch gerade die Länder an den Außengrenzen sind mit dem Flüchtlingsandrang überfordert.**

Am Montag stellen wir uns deshalb die Frage: **Wie kann Deutschland, und wie können wir vor Ort in den Kommunen helfen?**

Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Interessierte sind herzlich eingeladen!



+++ One Billion Rising +++

Tanzdemo gegen Gewalt an Frauen

Diesen Freitag (14.) findet unter dem Motto „**Erhebt euch. Befreit euch. Tanzt!**“ in diesem Jahr wieder die weltweite Tanzdemonstration "One Billion Rising" gegen Gewalt an Frauen und Mädchen statt. **Eine Milliarde Menschen sind aufgerufen, gemeinsam öffentlich zu tanzen und damit ihre Solidarität und gemeinsame Kraft zu demonstrieren.** Die Milliarde steht dabei für den statistischen Wert der Vereinten Nationen, nachdem ein Drittel aller Frauen in ihrem Leben Opfer von Gewalt oder Missbrauch werden.

Die **zentrale Tanzdemonstration für Darmstadt findet an diesem Tag um 16:00 Uhr am Weißen Turm** statt. Jede und jeder ist aufgerufen, mit Trommeln, Plakaten und Tanzfreude teilzunehmen.

Mehr Informationen zum Aktionstag, der Veranstaltung in Darmstadt und der besonderen Tanzchoreographie finden Sie [hier](#).

Aus dem Plenum: Jahreswirtschaftsbericht 2014

Bundeswirtschaftsminister Gabriel stellt heute in einer Regierungserklärung den Jahreswirtschaftsbericht 2014 vor. **Die Wachstumsaussichten für die deutsche Wirtschaft sind stabil: Das BIP könnte jährlich um 1,5% wachsen, die Zahl der Erwerbstätigen ist auf Rekordniveau und wird 2014 weiter steigen.** Doch die Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik bleiben zahlreich: Private und öffentliche Investitionen sind in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Wir streben daher eine **höhere Investitionsquote** an und wollen die **Revitalisierung der Gründungsdynamik**. Ziel ist eine Innovationsstrategie, die Innovationsleistungen auch zu wirtschaftlichen Erfolgen in Industrie und Dienstleistungen werden lässt. Thema des Berichts ist auch der **drohende Fachkräftemangel**: Die Zuwanderung wird hier eine wichtige Rolle spielen. Aber vor allem wird die Integration aller Qualifizierungsreserven eine unserer Hauptaufgaben sein.

Abzugsmandat für Afghanistan

Wir beraten am Donnerstag auch über das ISAF-Mandat für Afghanistan. Afghanistan wird voraussichtlich Ende 2014 die Sicherheitsverantwortung im ganzen Land übernehmen können - schon heute tragen die afghanischen Sicherheitskräfte die Verantwortung für etwa 80 Prozent der Bevölkerung. **Damit sollen die ISAF-Mission bis zum 31. Dezember 2014 abgeschlossen und die internationalen ISAF-Kampftruppen vollständig aus Afghanistan abgezogen sein.** Frank-Walter Steinmeier hat bei seinem Besuch in Afghanistan am vergangenen Wochenende deutlich gemacht, dass wir nicht alles das erreicht haben, was wir uns vorgestellt haben. Das, was erreicht wurde, darf aber nicht gering geschätzt werden! Steinmeier appellierte außerdem an Präsident Karsai, ein neues Rechtsabkommen bald zu unterzeichnen, das ausländische Soldaten vor Strafverfolgung schützt. Denn dies ist die Voraussetzung dafür, dass die Bundeswehr mit Ausbildern in Afghanistan bleibt.

Einsetzung Ausschuss Digitale Agenda

Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ wurde in der 17. Wahlperiode von einer großen Mehrheit des Bundestages angenommen. Eine zentrale Empfehlung war die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für Netzpolitik - und das wird heute im Bundestag beschlossen: **Gemeinsam mit CDU/CSU und Die Linke setzen wir den ständigen Ausschuss „Digitale Agenda“ für die Dauer der 18. Wahlperiode ein.** Er wird zu Digitalisierung und Vernetzung mitberatend tätig werden und seine Ergebnisse an den federführenden Ausschuss vermitteln.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bilder:

S.2: [One Billion Rising for Justice Deutschland](#)

S.3: Büro/Roman Laas

Neuregelung der Abgeordnetenbestechung und der Abgeordnetenbezüge

Demokratie braucht finanziell unabhängige und unbestechliche Abgeordnete - da sind wir uns sicher einig. Zwei Gesetzentwürfe dazu beraten wir am Freitag in erster Lesung.

Zum einen wollen wir die **Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung** endlich neu regeln, denn bisher ist Bestechung und Bestechlichkeit von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern nur strafbar, wenn es sich um Stimmenkauf und -verkauf bei Wahlen und Abstimmungen handelt. Andere strafwürdige Verhaltensweisen werden nicht erfasst. Dies entspricht weder den Anti-Korruptionsvorgaben des Europarates noch denen der Vereinten Nationen. Der Gesetzentwurf der Koalition zur „Erweiterung des Straftatbestandes der **Abgeordnetenbestechung**“ schafft jetzt **einen Straftatbestand, der strafwürdige korruptive Verhaltensweisen von und gegenüber Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern erfasst**. Bestraft wird, wer für eine Gegenleistung einen „ungerechtfertigten Vorteil“ bietet oder annimmt. Bestechung und Bestechlichkeit von Parlamentariern kann dann mit bis zu fünf Jahren Haft geahndet werden.

Der zweite Gesetzentwurf dreht sich um die **Abgeordnetenentschädigungen**, unsere Diäten, und wird bereits in den Medien heftig und emotional diskutiert und vor allem kritisiert. Dazu trägt bei, dass über die Höhe der Bezüge die Abgeordneten selbst entscheiden müssen - eine missliche Situation, die aber das Grundgesetz und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bislang vorschreiben, denn die Höhe der Entschädigung muss durch Gesetz festgelegt werden. Deshalb ist es wichtig, dass wir hier einen **Systemwechsel** vornehmen. Wir folgen dabei den Vorschlägen einer unabhängigen Expertenkommission: Diese Kommission hat empfohlen, die Abgeordnetenentschädigung an die Besoldung von Richtern der obersten Bundesgerichte anzupassen. Dies ist schon seit 1995 so festgelegt, wurde aber bisher nie umgesetzt. **Ab 1. Juli 2016 wird das System grundsätzlich geändert: Die Abgeordnetenentschädigung orientiert sich dann an dem sog. Nominallohnindex des Statistischen Bundesamtes und steigt dann also in der Höhe des Bruttodurchschnittsverdienstes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.**

Ein Abgeordneter verdient auch künftig in Deutschland also nicht mehr als ein Landrat oder der Bürgermeister einer mittelgroßen Stadt – das ist angemessen, wie ich meine. **Die Steigerung der Diäten an die Entwicklung der Bruttolöhne zu koppeln, ist eine gute Idee.** Dadurch wird das alte Verfahren, das Abgeordnete selbst über ihre Bezüge entscheiden, nicht ersetzt, aber in eine Form gebracht, die uns manche ungute Debatte der vergangenen Jahre erspart.